Stand: 16.07.2025 14:10:31

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/5850

"Bekämpfung des Lehrkräftemangels nicht auf dem Rücken unserer Lehrerinnen und Lehrer - Sofortprogramm für zusätzliches Personal für Förder-, Grund- und Mittelschule"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/5850 vom 28.01.2020
2. Beschluss des Plenums 18/5973 vom 29.01.2020
3. Plenarprotokoll Nr. 38 vom 29.01.2020

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 28.01.2020 **Drucksache** 18/**5850**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Anna Toman, Gülseren Demirel, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bekämpfung des Lehrkräftemangels nicht auf dem Rücken unserer Lehrerinnen und Lehrer – Sofortprogramm für zusätzliches Personal für Förder-, Grund- und Mittelschule

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die vom Staatsminister für Unterricht und Kultus im Rahmen einer Pressekonferenz am 07.01.2020 verkündeten „Strategien für eine sichere Unterrichtsversorgung an Grund-, Mittel- und Förderschulen“ zum Ausgleich des prognostizierten Mangels in der Unterrichtsversorgung:
   - Erhöhung der Unterrichtspflichtzeit für Grundschullehrkräfte ab Schuljahr 2020/2021 von 28 auf 29 Wochenstunden
   - Eintritt in den Ruhestand vor dem 66. Lebensjahr nur noch ausnahmsweise
   - Anhebung des Mindeststundenmaßes bei Antragsteilzeit für Lehrkräfte und Fachlehrkräfte auf 24 Wochenstunden und bei Lehrkräften für Sonderpädagogik auf 23 Wochenstunden
   - keine Genehmigung von Sabbatjahren mehr

   abzulehnen sind.
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei der Bekämpfung des Lehrkräftemangels an Förder-, Grund- und Mittelschulen, sowohl die Sicherung der Bildungsqualität zu berücksichtigen, als auch ihrer Fürsorgepflicht gegenüber den Lehrkräften nachzukommen. Um kurzfristig Lehrkräfte für das kommende Schuljahr 2020/2021 zu generieren, sollen, anstelle der oben genannten Hau-Ruck-Maßnahmen, diese drei Maßnahmen getroffen werden:
   - Ausbau und Verbesserung der Zweitqualifizierung, um mehr Lehrkräfte anderer Schularten für den Schuldienst an Förder-, Grund- und Mittelschulen zu gewinnen
   - Auflage eines Rückkehrprogramms mit Prämie für gut ausgebildete Lehrkräfte, die nicht (mehr) im Schulsystem arbeiten
   - Wechselmöglichkeit nach dem ersten Staatsexamen anderer Lehrämter in das Referendariat an Förder-, Grund- und Mittelschule

   Im kommenden Nachtragshaushalt sollen hierfür die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

3. Die Staatsregierung wird weiter aufgefordert, mittel- und längerfristig folgende Maßnahmen zu treffen, um eine nachhaltige Personalversorgung an den bayerischen Schulen zu ermöglichen:
   - Lehrpläne mit Hinblick auf Stofffülle auf den Prüfstand stellen, um ggf. eine Stundenkürzung zu ermöglichen
   - Einstieg in BesGr. A 13 für alle Lehrkräfte als Zeichen der Wertschätzung, für Gleichbehandlung der Lehrkräfte aller Schularten und zur Steigerung der Attraktivität des Lehrberufs
   - Reform der Lehrkräftebildung für einen flexibleren Lehrkräfteeinsatz
   - Mehr Mittel für die Universitäten, um angesichts zusätzlicher Studienplätze, den Studierenden und Lehrenden gute Studien- bzw. Arbeitsbedingungen zu ermöglichen.

Begründung:

Am 07.01.2020 stellte der Staatsminister für Unterricht und Kultus Prof. Dr. Michael Piazolo „Strategien für eine sichere Unterrichtsversorgung an Grund-, Mittel- und Förderschulen“ in einer Pressekonferenz vor. Er sprach von einem „hohen Lehrerbedarf“ und von „Prognosen, die zeigen, dass in den nächsten Jahren große Herausforderungen vor uns liegen.“ Nach Berechnungen des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus fehlen 1 400 Lehrkräfte.

Allen Warnungen zum Trotz hat die Staatsregierung jahrelang aufs Schärfste zurückgewiesen, dass wir in Bayern einen Lehrkräftemangel haben. Stets hieß es, die Unterrichtsversorgung sei gesichert. Noch zu Schulbeginn des aktuellen Schuljahres hat Staatsminister Prof. Dr. Piazolo verkündet, „der Unterricht steht“ und “die Hütte brennt nicht“, wie vom Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) e. V. angemahnt.

Im Juli 2019 hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein eigenes Gutachten vorgelegt, in welchem der renommierte Bildungsforscher Prof. Dr. Klaus Klemm den Lehrkräftemangel an Grund- und Mittelschulen beziffert und darüber hinaus Bedarfe ermittelt, um dringende Reformmaßnahmen umzusetzen. Aus diesem Gutachten: „Wenn es in den kommenden Jahren nicht zu einer deutlichen Steigerung der Zahl neu ausgebildeter Grundschullehrkräfte kommen wird, werden jährlich bis zu 2 400 Lehrerinnen und Lehrer fehlen. Im Bereich der Mittelschule werden zum Ende der zwanziger Jahre etwa 2 200 Lehrkräfte jährlich fehlen.“ Doch der Staatsminister ordnete dies als „Schwarzmalerei“ ein und erwiderte, dass vor jeder Klasse an bayerischen Schulen auch eine Lehrkraft stehen werde.

Wir von Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisieren die aktuell verkündeten Notmaßnahmen des Staatsministers. Auf dem Rücken der Lehrkräfte soll die Zahl der Unterrichtsstunden auf Biegen und Brechen aufrechterhalten werden. Überdies: Jetzt nur Löcher zu stopfen, reicht nicht aus. Es müssen nachhaltige Maßnahmen getroffen werden. Wir kritisieren außerdem die Art und Weise, wie der Staatsminister mit unseren Lehrkräften umgeht. In einer Hau-Ruck-Pressekonferenz wurden Notmaßnahmen verkündet, ohne vorher mit den Lehrkräften bzw. den Verbänden in Kontakt zu treten. Mit diesem Dringlichkeitsantrag schlagen wir konkrete Maßnahmen vor, um sowohl für das kommende Schuljahr Lehrkräfte zu generieren, als auch mittel- und längerfristig die richtigen Weichen für eine gute Personalversorgung zu stellen.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 29.01.2020 **Drucksache** 18/**5973**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Anna Toman, Gülseren Demirel, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/**5850**

Bekämpfung des Lehrkräftemangels nicht auf dem Rücken unserer Lehrerinnen und Lehrer – Sofortprogramm für zusätzliches Personal für Förder-, Grund- und Mittelschule

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Dr. Simone Strohmayr
Abg. Dr. Fabian Mehring
Abg. Thomas Gehring
Abg. Matthias Fischbach
Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler
Abg. Markus Bayerbach
Abg. Eva Gottstein
Abg. Raimund Swoboda
Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ergänzend teile ich Ihnen mit, dass die AfD-Fraktion ihren Antrag betreffend "Lehrersituation analysieren – Bedarf und Mängel konsequent erfassen", Drucksache 18/5867, zurückgezogen hat.

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Arif Tasdelen u. a. und Fraktion (SPD)
Grundschullehrkräfte wertschätzen - Ungerechte Maßnahmen zurücknehmen - Zukunftsplanung vorlegen (Drs. 18/5847)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bekämpfung des Lehrkräftemangels nicht auf dem Rücken unserer Lehrerinnen und Lehrer - Sofortprogramm für zusätzliches Personal für Förder-, Grund- und Mittelschule (Drs. 18/5850)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Maßnahmen gegen den Lehrkräftemangel an Grundschulen (Drs. 18/5868)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Dr. Simone Strohmayr von der SPD-Fraktion. Bitte, Frau Kollegin Dr. Strohmayr.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Minister! Die SPD-Fraktion will mit ihrem Dringlichkeitsantrag heute erreichen, dass Grundschul-, Mittelschul- und Förderschullehrkräfte end-

lich mehr Wertschätzung erfahren. Wir wollen auch erreichen, dass die Maßnahmen der Staatsregierung zurückgenommen oder zumindest maßgeblich korrigiert werden. Wir wollen außerdem erreichen, dass wir hier in Bayern endlich eine nachhaltige, eine zukunftsweisende Personalpolitik an Bayerns Schulen betreiben.

(Beifall der Abgeordneten Doris Rauscher (SPD))

Für unabdingbar, liebe Kolleginnen und Kollegen, halten wir es – um es gleich am Anfang zu sagen –, dass endlich eine gerechte Lehrerbesoldung für Grund- und Mittelschulen eingeführt wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen A 13 für alle Lehrerinnen und Lehrer. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Das Mindeste, sehr geehrter Herr Minister, wäre in der jetzigen Situation, dass Sie für die Grund- und Mittelschullehrkräfte eine Perspektive aufzeigen, wie wir schrittweise zu A 13 kommen. Entwerfen Sie doch einen Stufenplan! Zeigen Sie eine Perspektive auf, einen Weg, damit dieser Beruf endlich wieder attraktiver wird! Warum, liebe Kolleginnen und Kollegen, erhalten Lehrerinnen und Lehrer an den Grund- und Mittelschulen als Eingangsbesoldung A 12, während Gymnasiallehrkräfte A 13 erhalten? – Zwischen beiden Gehaltsklassen – um Ihnen das einmal deutlich zu machen – liegen fast 10.000 Euro Unterschied im Jahr. Wen wundert es da, dass wir den Lehrermangel vor allem an Grund- und Mittelschulen haben?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Lehrkräfte an Grund- und Mittelschulen und an Förderschulen leisten wertvolle Arbeit. Jeden Tag aufs Neue meistern sie ihren herausfordernden Beruf. In den letzten Jahren sind an den Grund- und Mittelschulen – auch das müssen wir uns immer wieder vor Augen führen – viele Aufgaben dazugekommen. Ich nenne hier nur die Stichpunkte: Inklusion, Integration, Ganztag, Digitalisierung. Lieber Herr Minister, Sie haben gestern im Ausschuss Ihre Maßnahmen zur Bekämpfung des Lehrermangels vorgestellt und verteidigt. Dabei ist mir sauer aufgestoßen, dass jetzt Lehrerinnen und Lehrer allein die Zeche für eine über Jahre hinweg verfehlte Perso-

nalpolitik zahlen sollen. Ich muss sagen: Der Lehrermangel ist in Bayern hausgemacht.

(Beifall bei der SPD – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sollen die Kinder das zahlen? So ein Schmarrn! – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sollen die Kinder bezahlen? – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Dann dürfen keine Kinder mehr zuziehen!)

– Ich bin jetzt seit 16 Jahren, liebe Frau Kollegin, hier im Bayerischen Landtag. Ich erinnere mich noch gut an die letzte Legislaturperiode, in der wir noch genug Lehrerinnen und Lehrer hatten.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ich bin Grundschullehrerin! – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Schülerzahlen!)

Ja, da hatten wir noch genug Lehrerinnen und Lehrer. Die Staatsregierung hatte in all den Diskussionen damals nur ein einziges Ziel: das System Schule unentwegt auf Kante zu nähen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wie viele Lehrerstellen wurden geschaffen? Wie viele Kinder sind dazugekommen?)

Das rächt sich jetzt bitter, liebe Frau Kollegin. Das wissen Sie auch.

Wir fordern seit vielen Jahren eine Lehrerversorgung von 110 %. Nicht 100 %, sondern 110 %! Nur das kann uns doch nachhaltig helfen, die Personalsituation an den Schulen in den Griff zu bekommen. Nur so kommen wir endlich aus dem Schweinezyklus heraus.

(Unruhe bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wichtig ist es auch, endlich die Frage zu beantworten, warum letztendlich nur 50 % der Lehramtsstudierenden an den Grund- und Mittelschulen ankommen. Warum kommen dort nur 50 % an? Warum hören so viele auf? Ist

das effektiv? – Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Minister, warum reformieren wir nicht endlich die Lehrerausbildung? Warum machen wir sie nicht endlich praxisorientierter und vor allen Dingen flexibler? – Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Warum darf ein gymnasialer Sportlehrer nicht an einer Mittelschule unterrichten? Warum braucht er eine Umschulung, die wieder Kräfte bindet, um ihn an der Mittelschule einzusetzen? – Das ist doch der falsche Weg.

Sehr geehrter Herr Minister, als Sofortmaßnahmen schlagen wir vor: die Entlastung der Lehrkräfte durch Aussetzung der externen Evaluation, die Entlastung von Verwaltungsarbeit durch Einstellung von erheblich mehr Sekretariatskräften – wir haben entsprechende Anträge dazu gestellt –,die Entlastung von Digitalisierungsaufgaben durch die Einstellung von Fachkräften, nämlich Systemadministratoren, an den Schulen, und die Entlastung der Lehrkräfte durch den massiven Ausbau von multiprofessionellen Teams. Wir brauchen Zweitkräfte und Drittkräfte.

Sehr geehrter Herr Minister, ich sage Ihnen zum Abschluss: In dieser Situation dürfen Sie nicht nur beschwichtigen, sondern Sie müssen vor allen Dingen mal ein "Mea Culpa" aussprechen, dass Sie viel zu spät reagiert haben. Auch das wäre eine Art der Wertschätzung für unsere Lehrkräfte und würde zur Ehrlichkeit in der Diskussion beitragen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Kollegin, ich bitte Sie, noch auf eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Mehring zu antworten. – Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin, liebe Simone! Zwei Rückfragen zu deinem engagierten Vortrag und den Medienerscheinungen der letzten Tage: Zum einen ist die Rhythmik der Lehrerbedarfsprognose und auch die Ausbildungszeit für unsere Lehrerinnen und Lehrer bekannt. Deshalb würde ich mich über eine Antwort auf die Frage freuen, wie, auf welche Art und Weise, ein Minister, der seit einem Jahr

im Amt ist, hätte Einfluss nehmen können auf den Status quo der aktuellen Lehrerversorgung. – Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage ist diejenige nach der Alternative. Wenn seitens der SPD gefordert wird, die vorübergehenden Maßnahmen, die der Minister veranlasst hat, zurückzunehmen, was bedeutet das dann? Sollen wir dann mit Ausfall von Unterricht reagieren, mit leeren Klassenzimmern, mit Kürzungen im Lehrplan? Mit anderen Worten: Will das, was von der SPD noch übrig ist, jetzt wirklich auch noch die Partei der leeren Klassenzimmer, der Schließung der Schulen auf dem Land und des Unterrichtsausfalls sein?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön. – Bitte schön, Frau Dr. Strohmayr.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Danke schön, Herr Kollege, für Ihren engagierten Beitrag. Wenn Sie allerdings genau zugehört hätten, dann hätten Sie schon rausgehört, dass wir hier durchaus Vorschläge gemacht haben. Unsere Intention ist es, vor allen Dingen aus dieser kurzfristigen Personalpolitik auszusteigen, endlich diese Schweinezyklen, dieses Auf und Ab in der Lehrerversorgung auf eine gerade Linie zu bekommen. Das bedeutet einfach langfristige, nachhaltige Personalpolitik. Das brauchen wir, dahin müssen wir kommen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wie soll unser Minister in einem Jahr darauf Einfluss nehmen?)

– Sehr geehrter Herr Kollege, natürlich wissen wir, dass Ihr Minister erst seit einem Jahr im Amt ist. Aber er trägt Verantwortung. Er trägt Verantwortung für das, was vor ihm passiert ist.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ach so? Weshalb? – Unruhe)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte ausreden lassen!

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Da kann man doch mal ein klares Wort reden und sagen: Da sind Fehler passiert. Ich verstehe nicht, warum man nicht den Mut hat zu sagen: Hier sind Fehler passiert. Wir müssen die grundsätzliche Politik, die große Linie ändern. Das passiert nicht.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ihr kritisiert unseren Minister!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte ausreden lassen! Die Redezeit ist gleich zu Ende.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Wir hatten Ihren Minister sowohl im Bildungsausschuss als auch im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes. Ich kann Ihnen sagen: Das Einzige, was er gemacht hat, war zu beschwichtigen. Das ist falsch.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Wir müssen hier einfach auch mal sagen: Es sind Fehler passiert. Wir müssen von dieser Personalpolitik wegkommen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke, Frau Kollegin. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf den nächsten Redner aufrufen. Das ist Herr Vizepräsident Thomas Gehring von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Manch einer von uns wird sich schon gefragt haben, warum die FREIEN WÄHLER ausgerechnet das Kultusministerium wollten. Der Grund war, dass sie ein großes Ministerium wollten. Jetzt haben sie den Schlamassel: großes Ministerium, große Probleme.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Kultusminister ist diesen Problemen nicht gewachsen. Ich finde auch die Aufgabenverteilung innerhalb dieser Staatsregierung interessant. Der Minister verkündet die Probleme, wälzt die Probleme, und dann kommt der Ministerpräsident wie ein Deus ex Machina, verkündet eine Wohltat und sagt: Ich habe jetzt noch 300 Grundschulstudienplätze frei. Der eine macht die schlechten Nachrichten, der andere die guten. Tolle Aufgabenverteilung! Ich als Minister würde mich in dieser Regierung freuen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Aber, lieber Herr Ministerpräsident, wir sind uns alle einig: Diese 300 zusätzlichen Grundschullehrerstudienplätze – toll, dass Sie unsere Forderung übernehmen – bedeuten, dass wir diese Menschen frühestens in sieben Jahren an der Schule haben werden. Das hilft uns momentan überhaupt nicht.

Frappierend ist auch, wie schnell der Minister der FREIEN WÄHLER, Herr Piazolo, zu einem Befürworter vergangener CSU-Politik geworden ist und lobt, wie toll alles war. 2017 im Sommer hat er aber gesagt, er fordere jetzt endlich eine Professionalisierung der Personalplanung im Kultusministerium, weil sonst der Notstand droht. Toll, wie schnell er seine Meinung geändert hat! Wie schnell er Profi geworden ist, merkt man daran, dass er noch vor vier Monaten gesagt hat: Die Unterrichtsversorgung ist okay. Vor jeder Klasse steht ein Schüler.

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN: Ein Lehrer!)

Die Hütte brennt nicht, alles wunderbar! In dieser Zeit haben wir durch ein Gutachten nachgewiesen, dass der Lehrermangel droht und kommt. Auch alle Verbände haben darauf hingewiesen. Aber Piazolo hat gesagt: alles okay, alles easy, kein Problem.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Das stimmt nicht!)

Jetzt, vier Monate später, kam er dann, Frau Kollegin Gottstein, und hat gesagt: Wir haben ein Riesenproblem. Wir haben festgestellt, dass im nächsten Jahr 1.400 Lehrer

an Grundschulen, Mittelschulen und Förderschulen fehlen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Offenbarungseid der Personalplanung des Kultusministers.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD und des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

Ich darf darauf hinweisen – das ist noch nicht so lange her, da waren wir alle schon im Landtag –, dass 2012, 2013 nur 20 % der Grundschullehrkräfte eingestellt worden sind. Alle anderen hat man auf die Straße oder sonst wo hingeschickt. Wir haben damals schon gefordert, dass die Schule ein atmendes System werden muss, dass wir über Bedarf einstellen müssen, dass wir 110 % Unterrichtsversorgung brauchen. Dann hätten wir heute diese Leute im System, könnten die 110 % auf 100 % abschmelzen und würden die Unterrichtsversorgung sichern. Die CSU hat es damals nicht getan, und Sie als FREIE WÄHLER finden das heute gut. Ich kann das nicht nachvollziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Sehen wir jetzt diese Maßnahmen an. Der Kultusminister spricht hier von einem Dreiklang an Maßnahmen, und als Musiker weiß man, dass ein Dreiklang ziemlich schlecht klingen kann. Dieser Dreiklang ist ein richtiger Missklang, der tut richtig weh:

Erstens. Die Arbeitszeit für Grundschullehrer wird von 28 auf 29 Unterrichtsstunden erhöht. Bei den Lehrerinnen und Lehrern, die die meisten Unterrichtsstunden geben, die die schwierigen Schüler haben, die über Belastung klagen und bei denen wir darüber reden, dass wir eine Zweitlehrkraft brauchen, wird die Arbeitszeit um eine Stunde erhöht. Super, das muss ich schon sagen!

Zweitens. Die Antragsteilzeit wird massiv eingeschränkt, auf 24 Stunden mindestens. Das heißt, Lehrkräfte, die vorher vielleicht 16 oder 18 Stunden gearbeitet haben, werden auf 24 Stunden hochgestuft. Grundschule ist ein Frauenberuf, und das bedeutet: Frauen gehen in Teilzeit, weil sie immer die Belastung im Beruf und die Familienarbeit organisieren müssen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Nicht alle Frauen!)

Frauen gehen in Teilzeit; nicht alle Frauen, aber viele Frauen sind diesen Weg gegangen. Das gilt es zu respektieren, und ich verstehe nicht, dass immer Frauen schlechte Arbeitsbedingungen für Frauen zulassen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ich habe als Frau als Grundschullehrerin Vollzeit gearbeitet, und ich bin nicht alle!)

– Super, toll, okay, Sie arbeiten jetzt eine Stunde mehr, das wäre nicht schlecht. Diese Frauen haben ihr Lebensmodell gemacht, in dem sie Familienarbeit und Arbeitszeit des Mannes irgendwie organisiert haben. Und jetzt zerschlagen Sie die Lebens- und Arbeitsmodelle von Hunderten von Frauen in Bayern. Das ist ein wunderbarer frauenpolitischer Beitrag dieser Staatsregierung!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittens. Zur Altersteilzeit und zum Altersruhestand muss man einfach sagen: Diese Leute haben damit gerechnet, die haben sich darauf vorbereitet. Hier wird einfach Vertrauen missbraucht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Schlimme ist, wir haben das abgefragt: Mit diesen Maßnahmen hat der Kultusminister die Lücke trotzdem noch nicht geschlossen. Er hat nicht die 1.400 Lehrer, die er braucht, er hat gerade einmal 1.000 erwirtschaftet. Er hat weiterhin eine Lücke von 400, und er hat keine Ahnung, wie er diese Lücke schließen will. Ich muss sagen: Das ist ein Desaster der Personalplanung und der politischen Kommunikation.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe auch meine Zweifel, ob diese Rechnung in der Realität aufgeht, wenn ich das Klassenlehrerprinzip betrachte.

Was ist zu tun? – Wir haben neben unseren heute zwei weitere Dringlichkeitsanträge, von der SPD und der FDP. Wir werden beide Anträge unterstützen. Sie gehen in die richtige Richtung, vor allem bei den mittelfristigen Maßnahmen. Aber, liebe Kollegen von der SPD, ich muss schon sagen: Kurzfristig helfen diese Maßnahmen nicht. Die Unterrichtslücke im Herbst wird durch diese Maßnahmen nicht geschlossen. Das Gleiche gilt für die FDP. Aber wir werden beide Anträge unterstützen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Lieber Kollege, hören Sie zu: Wir schlagen drei Maßnahmen für diesen Herbst vor. Diese Maßnahmen kosten Geld. Dafür nehmen wir für diesen Nachtragshaushalt 40 Millionen Euro in die Hand und finanzieren dies auch. Das wird im nächsten Jahr natürlich entsprechend mehr kosten. Drei Maßnahmen:

Erstens. Wir brauchen ein neues Programm, ein zusätzliches Programm mit mindestens 1.000 Stellen, zur Qualifizierung für Leute mit Lehrämtern für andere Schulen, für Realschulen und Gymnasien, damit diese Leute im Herbst an die Grundschulen kommen und dort arbeiten. Ich habe mir die Zahlen noch mal angesehen: Viele Leute haben für das Lehramt für beide Schularten in den letzten Jahren keine Stelle bekommen. Unser Ziel ist es, Pädagogen an die Schule zu bringen. Wir wollen also eine Qualifizierungsmaßnahme für 1.000 Leute.

Zweitens. Wir brauchen ein Rückkehrerprogramm für die Grundschullehrkräfte, die nicht eingestellt worden sind, die in anderen Bundesländern tätig sind, die sich in anderen Professionen befinden. In München hat man Grundschullehrerinnen zu Erzieherinnen ausgebildet. In diesem Rückkehrerprogramm sehen wir eine Rückkehrprämie vor. Wir rechnen damit, dass wir damit 400 Lehrerinnen gewinnen können.

Drittens. Wir ermöglichen Studienabsolventen, die das erste Staatsexamen für das Lehramt an der Realschule oder am Gymnasium haben, einen sofortigen Umstieg in das Referendariat an Grundschulen, damit sie nicht den Umweg über das andere Referendariat und die daran anschließende Qualifizierung machen müssen.

Wir gehen davon aus, dass wir diese Lücke dieses Jahr schließen können. Das sind Notmaßnahmen, die Geld kosten, die Anstrengungen erfordern. Wir haben sie nicht verursacht. Wir schlagen aber vor, wie diese Notmaßnahmen auf den Weg gebracht werden können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Schluss zum Thema A 13. Wir sind uns klar: Damit unsere Maßnahmen erfolgreich sind, brauchen wir A 13, sonst gehen die Lehrkräfte an den Grundschulen und in den Qualifizierungsprogrammen wieder an die anderen Schulen zurück. Deshalb brauchen wir A 13 an der Grundschule. Wir schlagen vor, den Einstieg mit einem Fünfjahresprogramm zu machen, sodass wir dann in der Summe bei A 13 sind.

Es gibt auch grundsätzliche Überlegungen: Auch ich kann nicht nachvollziehen, warum Leute, die kleine Kinder und Kinder ärmerer Leute unterrichten, weniger Geld bekommen als Leute, die große Kinder und die Kinder reicherer Leute unterrichten. Das kann ich einfach nicht nachvollziehen. Deshalb brauchen wir unbedingt A 13 auch für Grundschullehrer, für Mittelschullehrer und für Förderschullehrer.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: So ein Schwachsinn!)

Ich habe mich gewundert, dass der Ministerpräsident das so schnell abgebogen hat, indem er gesagt hat, dass dies Unwucht ins Beamtengefüge bringt. – Hier besteht Unwucht, da Grundschullehrer und Mittelschullehrer im Besoldungsrecht von dieser Bezahlung ausdrücklich ausgenommen sind. Das werden wir korrigieren müssen, und zwar kurzfristig, da wir auf einen Lehrermangel zulaufen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Maßnahmen des Kultusministers gehen zulasten der Lehrerinnen und Lehrer; sie werden auf ihrem Rücken ausgetragen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das stimmt doch nicht!)

Sie gehen zulasten des Unterrichts und letztlich auf Kosten unserer Schülerinnen und Schüler. Das wollen wir verhindern. Stimmen Sie deshalb unserem Antrag zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Vizepräsident Gehring, für Ihre Worte und darf Herrn Abgeordneten Matthias Fischbach von der Fraktion der FDP aufrufen. Herr Abgeordneter Fischbach, Sie haben das Wort.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Von Spaenle über Sibler bis jetzt zu Piazolo – leider muss man feststellen: Bayerns Kultusminister haben in den letzten Jahren nicht ausreichend auf den absehbaren Lehrermangel reagiert. Während draußen die Herausforderungen von Digitalisierung über Inklusion bis Integration immer drängender wurden, haben Sie immer auf die Stellenbedarfsplanung verwiesen und diese schöngeredet. Noch im Juli sprach Herr Piazolo davon, dass dies alles Panikmache sei. Dies rächt sich nun. Schüler und Eltern sind aufgebracht, manche Lehrer schon fast verzweifelt, weil sie nicht wissen, wie sie die 60 % Mehrarbeit, die ihnen nun droht, leisten sollen. Wir im Landtag müssen darauf jetzt mit Dringlichkeitsanträgen reagieren.

Wir brauchen jetzt ein Konzept, das sowohl den neuen fachlichen Herausforderungen als auch der Tatsache gerecht wird, dass wir die Attraktivität und die Flexibilität des Lehrerberufs steigern müssen. Herr Piazolo, ich muss leider feststellen: Ihre dienstrechtlich verordneten Verzweiflungsmaßnahmen bewirken das Gegenteil. Der Offenbarungseid führt dazu, dass Lehrer, die eh schon auf dem Zahnfleisch daherkommen, weiter ausgepresst werden und am Ende die Qualität auf Kosten der Schülerinnen und Schüler leidet.

(Beifall bei der FDP – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das ist ja lächerlich!)

Wir sollten aber auch nicht pauschal Geld ins System schütten – das sage ich an dieser Stelle. Wir sollten zielgerichtet in Qualität und Leistung investieren, damit unsere Kinder weiterhin bestmöglich gefördert werden können. Dies heißt, dass wir zum Beispiel Fortbildung und Zusatzqualifikationen besser belohnen sollten. Wir Freie Demokraten fordern die Erhöhung der Besoldung von Grund- und Mittelschullehrkräften auf A 13, wenn sie zum Beispiel die Prüfung in einem Studienerweiterungsfach abgelegt haben. Dies können wichtige Fächer wie zum Beispiel Sonderpädagogik, Deutsch als Zweitsprache oder Medienpädagogik sein. Dann braucht sich auch kein Gymnasiallehrer zu beschweren, weil dies bedeutet, dass derjenige in der Regel zwei Semester länger studiert. Es gibt eine Reihe von anderen Ansatzpunkten, die wir sehen.

Lasst uns Lehrer, die nicht mehr im Schulsystem tätig sind, mit einem Sonderprogramm gezielt zurückholen. Lasst uns Lehrkräfte entlasten, wo immer es geht: Zeugnisse, Prüfungen, Verwaltungsaufgaben, Leitungsaufgaben, Digitalisierung, multiprofessionelle Teams. Es gibt viele Ansatzpunkte, die wir endlich entschlossen angehen sollten. Lasst uns die Lehrerausbildung endlich attraktiv, flexibel und offen gestalten, damit auch ein Studienwechsel in Richtung Lehramt einfach möglich wird.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das gibt es schon in Eichstätt!)

Last but not least: Mehrarbeit muss auch einen sofortigen Mehrwert haben. Zwingen wir doch die Lehrer nicht zu Mehrarbeit, sondern setzen wir lieber finanzielle Anreize, sodass sie bereit sind, mehr zu arbeiten. Lassen wir ihnen die Freiheit, selbst zu entscheiden, ob sie das wollen. Wir fordern deshalb eine Verzehnfachung des Budgets für Leistungsprämien, um Anreize für Grundschullehrer zu setzen, die diese zusätzlichen Lasten in Vollzeit tragen und zum Beispiel eine Stunde mehr Unterricht halten. Genauso muss es aber auch eine zusätzliche Prämie für diejenigen Lehrkräfte geben, die bereit sind, ihre Antragsteilzeit auf über 24 Stunden zu erhöhen.

Anreiz statt Anordnung – das ist unser Konzept. Dies wird auch den individuellen Lebenssituationen gerecht. Aus meiner Sicht muss die Regierung aus den Mängeln der

bisherigen Stellenplanwirtschaft lernen und stattdessen auf Flexibilität und Freiheit setzen, damit wir vor Ort am besten auf die heutigen Herausforderungen reagieren können.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Abgeordneter Fischbach. – Als nächsten Redner darf ich Herrn Prof. Dr. Waschler von der CSU-Fraktion aufrufen. Herr Professor, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf zunächst ein kleines Fazit vorausschicken. Erstens. Die CSU-Fraktion steht ohne Wenn und Aber zur hohen Wertschätzung unserer Lehrerinnen und Lehrer und aller, die in der Schulfamilie Verantwortung tragen. Wir haben eine hohe Schulqualität und nehmen deutschlandweit einen absoluten Spitzenplatz ein. Deswegen ein Dankeschön an all diejenigen, die daran beteiligt sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweitens. Wir werden die Oppositionsanträge mit guten Gründen ablehnen müssen, weil es in ihnen keinen neuen, keinen besseren, keinen gerechteren oder tragfähigeren Vorschlag gibt, um einen Engpass zu beseitigen, der temporär auftritt.

(Horst Arnold (SPD): Das kommt überraschend!)

Ich möchte das begründen und einige entweder fahrlässig oder bewusst eingenommene falsche Sichtweisen in den Dringlichkeitsanträgen korrigieren. Aus Zeitgründen kann ich allerdings nur auf wenige Punkte eingehen; ich erhebe keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist doch eindeutig klar, dass die Erhöhung der Unterrichtspflichtzeit nur vorübergehend ist und dass die Erhöhung nach einer kurzen Karenzzeit vollumfänglich zurückgegeben wird. Praktisch ist eine Staatsgarantie vor-

handen. Ich habe als Gymnasiallehrer selbst erlebt, über einen gewissen Zeitraum eine Stunde mehr zu arbeiten, dann war zwei Jahre Pause, und dann wurde das zurückgegeben. Genau so und nicht anders ist es geplant. Dies zeigt sich auch daran, dass entsprechende Altersgrenzen eingefügt sind, damit der Ruhestand nicht dazu führt, dass die Rückgabe nicht mehr greift.

Weiter bitte ich, zur Kenntnis zu nehmen – das ist zwar bei dem einen oder anderen angekommen, aber, wie ich meine, nicht bei jedem –, dass der geforderte Ausbau von Studienplätzen und die Erhöhung der Mittel für Universitäten in einem Umfang laufen, den es bisher nicht gab. Ich weise ferner darauf hin, dass ganz klare Steigerungen bei der Ausweisung von Stellen für Verwaltungsangestellte für die Schulen zur Entlastung gerade im Bereich der Grund- und Mittelschule sowie der Förderschule auf dem Weg sind. Kollege Fackler ist derjenige, der dafür gesorgt hat, dass das, was sich unter Kollegin Heckner über Jahre und Jahrzehnte gut entwickelt hat, fortgesetzt wird. Gemeinsam mit dem Koalitionspartner und mit der von uns getragenen Staatsregierung werden wir ein starkes Augenmerk darauf richten.

Ebenso ist darauf hinzuweisen, dass die multiprofessionellen Teams Tatsache sind. Der Ministerpräsident hat das nicht nur beschleunigt, sondern es auch ausdrücklich zur Chefsache gemacht, damit dies gemeinsam mit dem Kultusminister nicht aus dem Auge verloren wird.

Die FDP gibt uns den Hinweis, dass es die digitale Schule gibt. Dies ist kein Projekt 2020 der FDP,

(Zuruf von der FDP)

sondern das ist etwas, das gut läuft. Wir werden die digitale Ausstattung insgesamt weiter verbessern. Davon werden auch die Verwaltungen und die Lehrerinnen und Lehrer vor Ort gut profitieren können. Ich schließe diese Liste hier allein aus Zeitgründen.

Jetzt komme ich zu einem Punkt, der mich schon ein klein wenig nachdenklich gemacht hat. Ich bitte, dies nicht als lehrmeisterlich zu empfinden. Das ist eine Sachinformation. Ich habe mich mit den letzten zehn Jahren beschäftigt. Übrigens bin ich 1998 in das Parlament gekommen und bin mit einer dazwischenliegenden kurzen Pause das siebzehnte Jahr hier. Ich habe mir angesehen, wie es denn in den letzten zehn Jahren gelaufen ist, und festgestellt: In diesen zehn Jahren haben wir eine zweistellige Tausenderzahl an Lehrerinnen und Lehrern zusätzlich eingestellt. Das ist eine erhebliche Mehrung.Das kann man der Statistik, die jedem zugänglich ist, locker entnehmen; das ist überhaupt kein Problem, kein Geheimwissen oder sonst etwas.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Und was ist damit erreicht worden?)

– Damit haben wir die Schüler-Lehrer-Relation auf einen historisch niedrigen Stand gebracht und die Unterrichtsqualität erhöht und deutschlandweit und dass wir deutschlandweit und im europäischen Vergleich top dastehen; auf diese Tatsache möchte ich nur mal hinweisen, Frau Kollegin Strohmayr.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn man nach der Schuld oder den Verursachern für diese Entwicklung schauen will, möchte ich Tatsachen erwähnen: Vor zehn Jahren, um 2010 herum, bis zur Mitte des Jahrzehnts war in der Tat ein Sinken der Schülerzahlen an Grundschulen zu beobachten. 2015/16 gab es plötzlich eine Steigerung der Schülerzahlen im annähernd fünfstelligen Bereich, die bis heute ungebrochen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, rhetorische Frage: War 2015/2016 irgendetwas mit Zuwanderung und Migration, bei der der Freistaat Bayern besonders attraktiv gewesen ist? – In der Tat müssen wir jetzt einen Zuwachs schultern.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Deswegen sage ich: Nachdem wir das schultern müssen, setzen wir weiterhin auf die höchstmögliche Unterrichtsqualität und auf die bestmöglichen Lehrkräfte, die wir ge-

winnen können. Wir wollen nicht wie Teile der Opposition eine Kürzung von Stundentafeln, Qualitätseinschränkungen usw. – nicht auf dem Rücken der Kinder und nicht mit uns, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Noch einmal: nichts Neues bei der Opposition. Ich hätte eigentlich erwartet, dass man im Bildungsausschuss die Gelegenheit nutzt und entsprechende Fragen stellt – das kann man gerne auch noch machen –, denn dann hätte man erfahren, auch wenn man es nicht will, dass sehr wohl alle Maßnahmen der Attraktivitätssteigerung zum Beispiel für pensionierte Pädagogen nicht nur geprüft werden, sondern mit Volldampf laufen.

Wir haben einen Rekord bei den Anreizen, einen Rekord bei den Stellenhebungen von A 12 nach A 12 Z und nach A 13. Ich habe mir sagen lassen, dass keiner, der in die Laufbahn eines Grund– und Mittelschullehrers eintritt, befürchten müsste, nicht in den Genuss von A 13 kommen zu können.

Empirische Sozialforschung habe ich in meiner wissenschaftlichen Laufbahn sehr gerne gemacht. Ich habe mir erlaubt, eine nicht repräsentative Befragung bei meinen Studierenden durchzuführen; es waren knapp unter zwanzig. Ich habe die Studierenden von Studiengängen, die ins Lehramt führen, gefragt, ob sie mit den Begriffen A 12, A 12 Z oder A 13 etwas anfangen können. Ein Einziger hat so etwas schon einmal gehört. Ob es das Gleiche ist wie A 94? – Ich habe gesagt: Nein, A 94 ist die Autobahn. – Ein Scherz muss auch mal sein, aber das andere ist die Realität, der man sich stellen muss.

Deshalb sage ich zum Schluss noch einmal: Die Maßnahmen des Ministers sind im Interesse und mit Blick auf die Zukunft unserer Schülerinnen und Schüler für einen – wohlgemerkt – überschaubaren Zeitraum nötig. Jeder erhält für seinen Einsatz, für seine Solidarität, die er möglicherweise durch weniger Teilzeit leistet, gutes Geld; es wird nicht an Geld gespart.

Diese Solidarität, verehrte Kolleginnen und Kollegen, erbitten wir von den Lehrerinnen und Lehrern und danken für jeden Beitrag. Die Dringlichkeitsanträge der Opposition lehnen wir ab, weil sie keinen substanziellen Mehrwert haben. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Waschler, für Ihren Beitrag. – Als nächsten Redner darf ich Herrn Markus Bayerbach von der AfD-Fraktion aufrufen. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Markus Bayerbach (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Prof. Waschler, es ist zwar ein überschaubarer Zeitraum, aber Sie machen denselben Fehler wie die Kollegen von SPD und GRÜNEN auch: Eine Stunde Ermäßigung in fünf oder acht Jahren hilft mir im Augenblick genauso wenig wie A 13, wenn ich als Lehrer wirklich auf dem Zahnfleisch daherkomme und nicht mehr mit meiner Arbeit fertig werde.

Herr Minister, Sie haben heute nicht allzu viel Lob bekommen; ich möchte zu Anfang ein paar Sachen lobend erwähnen. Ich finde es sehr schön, dass Sie die Qualität der Unterrichtsversorgung erhalten wollen und dass die familienpolitische Teilzeit gewahrt bleibt. Ich finde es auch gut, dass über die Klassenstärke dafür gesorgt wird, dass uns die kleinen Landschulen nicht wegbrechen. Das ist alles toll.

Trotzdem muss man einfach sagen: Wir haben unserem Schulsystem in den letzten Jahren viele zusätzliche Aufgaben aufgebürdet; Frau Dr. Strohmayr hat sie eben schon alle erwähnt. Man muss einfach redlich sagen: Die Politik sollte nicht auf der einen Seite immer neue Aufgaben schaffen, ohne auf der anderen Seite in der Lage zu sein, das entsprechende Personal herzubekommen. Der Stundenbedarf ist stärker

gestiegen, als wir Lehrer bekommen haben. Ja, wir haben neue Stellen, aber auch deutlich mehr Aufgaben erhalten. Die Waage stimmt nicht mehr.

In diesem Land und auch in diesem Parlament erklingt permanent der Ruf nach neuen Fächern und neuen Aufgabenstellungen; wir haben ihn auch schon im Bildungsausschuss in dieser Legislaturperiode gehört. Da passt etwas nicht mehr zusammen. Wenn das dieselben fordern, die jetzt jammern, verstehe ich das Ganze erst recht nicht.

Unsere Kollegen verdienen wirklich unsere höchste Wertschätzung, weil sie bei diesem Schulschiff, das an einigen Stellen leckt, immer wieder die Löcher stopfen, mit hoher Motivation und vielen Überstunden ohne Murren.

Ich möchte ganz klar sagen: Wir müssen sie aus einer Neiddebatte herausholen, weil es immer heißt, dass die Lehrer nur eine Stunde mehr machen. Aber diese eine Stunde ist gerade in der Grundschule eben nicht nur eine Stunde, sondern eine Unterrichtsstunde mit Vorbereitung und Nachbereitung. Sie können in der Grundschule nicht einfach eine Stunde hinten dranhängen. Eine Stunde mehr, das bedeutet für die meisten Kollegen eine Stunde zusätzlich an einem Nachmittag, Anfahrt und Abfahrt sowie Beaufsichtigung davor, sodass wir schnell bei drei Stunden sind.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Bei 24 Wochenstunden? Da haben wir noch ein bisschen Luft! Sie haben keine Ahnung!)

– In den Grundschulen haben sie oft keine fünften und sechsten Stunden in ihrer Jahrgangsstufe.

Auf jeden Fall trifft es genau diejenigen, die es am wenigsten treffen sollte. Wer arbeitet denn in den Grundschulen? – Das sind in erster Linie Frauen, die Kinder mögen und deswegen auch Kinder haben sollen. Sie kommen mit der Beaufsichtigung ihrer eigenen Kinder familienpolitisch in ein Riesendilemma. Sie werden sehen: Viele dieser

Mütter werden gezwungenermaßen jetzt familienpolitische Teilzeit nehmen; deswegen wird diese Maßnahme in manchen Teilen ganz schön verpuffen.

Herr Minister, ich habe eine Bitte: Achten Sie darauf, soweit es geht, zumindest die älteren Kollegen herauszulassen. Viele sind wirklich an einem Punkt, an dem sie nicht mehr wollen oder nicht mehr können. Da macht es wirklich keinen Sinn mehr.

Ich habe noch ein kleines Bonbon als Anerkennung für unsere Kollegen: Machen Sie doch, zumindest solange diese Maßnahme läuft, auch für die Lehrer den Buß– und Bettag frei. Das wäre ein kleines Zuckerchen: einen Tag verschnaufen für die Mehrbelastung. Das wäre ein kleines Zeichen dafür, dass man das Ganze honoriert.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Da gibt es hausinterne Fortbildungen! Ihr habt echt keine Ahnung!)

– Ich habe Ahnung, denn im Gegensatz zu Ihnen war ich bis zum letzten Jahr noch in der Schule.

(Beifall bei der AfD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): In der Grundschule?)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Abgeordneter Bayerbach. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor ich die nächste Rednerin aufrufe, weise ich darauf hin, dass die SPD für ihren Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. – Jetzt hat Frau Abgeordnete Gottstein das Wort. Bitte schön.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Klarstellung: Es geht heute nicht um eine Grundsatzdebatte über die unterschiedliche Bezahlung von Lehrkräften; die Debatte muss bei Gelegenheit geführt werden, aber sicherlich nicht jetzt und in dieser Kürze. Wenn ich zudem höre, dass wir von einem typischen hausgemachten bayerischen Problem reden, frage ich mich, warum der Lehrermangel in den anderen Bundesländern, auch dort, wo SPD oder GRÜNE in der Regierung sind, wesentlich größer ist als in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Natürlich wertschätzen wir FREIEN WÄHLER alle Lehrerinnen und Lehrer, wie auch dieser Kultusminister und wie auch die Kultusminister vorher. Ich selbst habe in keiner Rede, die sich mit Lehrerinnen und Lehrern beschäftigt hat, vergessen, meine Wertschätzung der Lehrerinnen und Lehrer zu betonen. Dieser Wertschätzung wurde auch in der Vergangenheit – die Vergangenheit beziehe ich ausdrücklich ein – Rechnung getragen, auch der zusätzlichen Aufgabenbelastung.So wurde die Klassengröße deutlich herabgesetzt. Das ist in den letzten Jahren passiert. Die Zahl der Anrechnungsstunden für zahlreiche pädagogische Tätigkeiten wurde deutlich erhöht. Wir haben zusätzliches Personal für zusätzliche Aufgaben – Inklusion, Klassenleitung, Verwaltungstätigkeiten – bereitgestellt. Auch wurde eine Mobile Reserve geschaffen und auf eine Höhe von inzwischen 2.500 Lehrkräften gebracht.

(Horst Arnold (SPD): Warum haben wir dann einen Mangel?)

Falls Sie aufseiten der SPD rechnen können, wissen Sie, dass wir damit bereits bei 108 % Lehrerversorgung angelangt sind, wenn wir von ungefähr 30.000 Grundschullehrern ausgehen. Uns stehen, wie gesagt, 2.500 Leute als Mobile Reserve zur Verfügung.

(Horst Arnold (SPD): Ist doch schon verbraucht!)

Diesen Lehrkräften wurde am ersten Schultag noch keine Klasse zugewiesen, sondern sie stehen für Notfälle zur Verfügung. Das ist Ausdruck von Wertschätzung!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Lachen des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

So bedauerlich es in einer gewissen Weise ist: Gerade durch die vielen Verbesserungen, die wir in den letzten Jahren für den Schulalltag herbeigeführt haben – auch mithilfe unserer Fraktion, damals noch in der Opposition –, verzeichnen wir heute einen höheren Lehrerbedarf als früher. In diesem Fall ist also eine gute Tat die Ursache

dafür, dass wir im Interesse einer qualitativ hochwertigen Lehrerversorgung für das nächste Schuljahr vorsorglich 1.400 zusätzliche Lehrer vorhalten müssen. Auch Sie von der SPD werden das feststellen, wenn Sie nachrechnen. Das ist die Ursache.

Sie werfen dem Kultusminister unter anderem vor, er habe die Lage beschönigt. Ich erinnere daran, was er im vergangenen Schuljahr gesagt hat: Im Schuljahr 2019/2020 wird vor jeder Klasse ein Lehrer stehen. – Wenn er heute wieder sagt, dass im nächsten Schuljahr, dem Schuljahr 2020/2021, vor jeder Klasse ein Lehrer stehen soll, dann brauchen wir, wenn freiwillige Maßnahmen nicht greifen, 1.400 Lehrer mehr. In keinem Ihrer Anträge machen Sie von der Opposition einen konkreten Vorschlag, wie Sie dieses Ziel erreichen wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf von den GRÜNEN: Das stimmt nicht!)

Sagen Sie doch bitte, was Sie wollen! Seien Sie doch nicht feige!

(Zuruf von den GRÜNEN: Wechselmöglichkeit!)

– Ja, dieser eine Punkt. Sie von den GRÜNEN fordern eine Wechselmöglichkeit nach dem ersten Staatsexamen anderer Lehrämter in das Referendariat an der Grundschule. Wie würde das denn in der Praxis ausschauen? Wollen Sie jemanden, der auf Lehramt Gymnasium studiert hat, in die 3. oder 4. Klasse stecken? Ich möchte nicht wissen, was die Eltern dazu sagen würden und wie es mit der Bildungsqualität aussähe.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

In einem weiteren Punkt Ihres Antrags fordern Sie den Ausbau und die Verbesserung der Zweitqualifizierung. Das hieße doch, dass der Lehrer vor Ort genau damit beschäftigt wäre, diese Menschen zu qualifizieren; denn irgendjemand muss sie qualifizieren. Dann wären statt 1.400 Lehrern 1.800 Lehrer mehr erforderlich. Ihr Vorschlag hilft in der momentanen Situation überhaupt nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Seien Sie doch nicht feige, und erörtern Sie im Detail die Alternativen! Eine Alternative wären Quereinsteiger. Sie machen es in anderen Bundesländern vor; in Berlin sind es mittlerweile 60 %. Aber reden wir nicht von Berlin, sondern von Baden-Württemberg, dem Musterländle: 40 % der Anfänger im Lehramt sind Quereinsteiger. Wollen Sie das auch bei uns, noch dazu im Beamtensystem? – Wir wollen das nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie schlagen ferner – wie auch manche Verbände – eine Stundenkürzung vor. In der Grundschule hätten wir dann in jeder Klassenstufe ein oder zwei Unterrichtsstunden weniger. Wir wollen hohe Qualität bieten, den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung durchsetzen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. In einer solchen Situation schlagen Sie Stundenkürzungen vor? Wie sollen diese Schüler dann eine hohe Bildung bekommen? – Diese Maßnahme setzen wir auch nicht um.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Es wäre ein Leichtes gewesen, durch die Hintertür die Erhöhung der Klassengröße voranzutreiben. Das würden viele nicht gleich merken. Die betroffene Lehrkraft merkt es ganz bestimmt, wenn sie statt 26 auf einmal wieder 27 oder gar 28 Kinder vor sich hat. Auch die Schulämter würden es merken; denn sie müssten basteln, um die Grundschulen auf dem Land zu erhalten. Diese Maßnahme ergreifen wir also auch nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Am allereinfachsten, allerdings auch am hinterlistigsten wäre es gewesen, einfach die Mobile Reserve zu kürzen. Vor nicht allzu langer Zeit gab es eine solche Reserve noch gar nicht. Ob sie aus 2.500 oder 1.100 Lehrkräften besteht, merkt man vielleicht auch nicht gleich. Dadurch hätten wir sofort ganz locker 1.400 Lehrer bereitstellen können. Darauf haben wir verzichtet. Es ist anständig, dass sich die Vertreter des Kul-

tusministeriums vor die Bevölkerung hinstellen und die Situation erläutern. Es ist anständig, zum jetzigen Zeitpunkt, da die Anträge auf Antragsteilzeit und Antragsruhestand eingehen, zu sagen: Leute, so geht es leider nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich möchte für die FREIEN WÄHLER und die gesamte Koalition betonen: Wir stehen auch in Zukunft für das Berufsbeamtentum unserer Lehrkräfte. Diese Feststellung erfolgt in dem Bewusstsein, dass es ein Geben und ein Nehmen ist. Deshalb bitten wir um Akzeptanz dieser Maßnahmen. Der Dienstherr, der Freistaat Bayern, braucht eben in diesem Fall seine Beamten und Beamtinnen.

Ich appelliere in diesem Zusammenhang auch an alle Lehrkräfte, die Familienteilzeit in Anspruch nehmen. Wir in Bayern haben im Vergleich zum sonstigen Bundesgebiet eine der großzügigsten Möglichkeiten, dieses Modell in Anspruch zu nehmen. Vielleicht ist es Ihnen möglich, ein, zwei oder vier Stunden mehr zu unterrichten. Dann müssen einige der angesprochenen Maßnahmen nicht ergriffen werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich bitte die Schulleiterinnen und Schulleiter, manches aufzustocken und durch eine flexible Stundenplangestaltung noch eine gewisse Unterstützung zu bieten.

Ich danke an dieser Stelle noch einmal allen, die diesen Weg mit uns gehen. Wir haben nach wie vor in erster Linie das Kindeswohl und eine hohe Qualität des Unterrichts in Bayern im Auge.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Kollegin Gottstein. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Es gibt gleich zwei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt von Herrn Vizepräsidenten Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Gottstein, Sie wissen ganz genau, dass wir in Bayern Quereinsteiger haben, die im Angestelltenverhältnis tätig sind. Kein Mensch schaut auf deren Qualifikation. Sie wissen das aus Ihrer Zeit in der Opposition. An unseren Grundschulen unterrichten Leute aus Nordrhein-Westfalen mit erstem Staatsexamen in Griechisch und Englisch. Der spannende Punkt ist erreicht, wenn es um die Verbeamtung geht. Aber bei dem Thema Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis ist auch Bayern schmerzfrei, wenn es um Quereinsteiger geht. Das nur zur Feststellung.

Zum Zweiten: Wir haben Vorschläge gemacht. Ich möchte schon, dass Sie das wertschätzen, gerade als Mitglied einer früheren Oppositionspartei, die dazu nie konkrete Vorschläge gemacht hat.

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir fordern tatsächlich, 1.000 Lehrkräfte aus anderen Schularten zu holen. Diese Leute sind da. Ich brauche mir nur die Einstellungszahlen für die Realschule anzuschauen: Im Jahr 2015 wurden von 2.000 Bewerbern nur 76 eingestellt. Im Jahr 2019 waren es immerhin noch 400, die nicht eingestellt wurden. An den Gymnasien sind in diesem Schuljahr 300 Bewerber nicht eingestellt worden, im vergangenen Jahr waren es 500, im Jahr davor sogar 1.600. Damit kumuliert sich die Zahl der ausgebildeten Pädagogen. Sie reden doch immer von der hohen Qualität der bayerischen Lehrerbildung. Diese Leute wollen wir in die Grundschule holen, weil wir nicht genug Grundschullehrer haben. Diese Maßnahme, die jetzt ergriffen werden muss, ist besser als die Einstellung von Quereinsteigern. Das ist auf jeden Fall besser als das, was Sie jetzt auf dem Rücken der Grundschullehrer austragen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Gottstein, bitte beantworten Sie die Frage.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Zur Klarstellung: Auch mit Ihrer Hilfe arbeiten wir daran, dass wir möglichst wenig Angestellte im Lehrerbereich haben. Das halten wir nach wie vor für eine wichtige Aufgabe.

Zu Ihrer Frage: Ich kenne die Zahlen. Wir arbeiten daran, diese Leute in die Grundschule zu holen. Aber Sie helfen uns nicht schon am 1. September; denn zu diesem Zeitpunkt sind sie noch nicht qualifiziert. Sie sofort ins Wasser zu werfen, ist schwierig, speziell dann, wenn sie auf Lehramt Gymnasium studiert haben. Wer in der Grundschule Referendar ist, hat sofort Unterrichtstätigkeit zu übernehmen. Das können wir weder den Kindern noch der betroffenen Lehrkraft zumuten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Die nächste Intervention kommt von Kollegin Dr. Strohmayr. Bitte schön.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Liebe Eva, wenn wir schon in andere Bundesländer schauen, dann gehört es zur Ehrlichkeit, auch diejenigen zu betrachten, die effektiv etwas gegen den Lehrermangel getan haben. Ich schaue nach Schleswig-Holstein, Hamburg, Brandenburg und Sachsen. All diese Bundesländer haben mittlerweile A 13 für alle Lehrkräfte beschlossen.

(Zuruf von der CSU: Von welchem Niveau?)

Ich frage: Warum können wir uns nicht einmal das Gute aus anderen Bundesländern abschauen und es hier ebenso machen?

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Diese Diskussion habe ich hier ausdrücklich nicht eröffnet. Es geht um die Lehrerversorgung für das nächste Schuljahr. Für eine Verbesserung in dieser konkreten Situation hilft A 13 nicht weiter. Wie wir zu diesem Thema stehen, haben wir in Pressemitteilungen usw. oft genug bekannt gemacht. In der jetzigen Situation ist das keine Lösung. Zudem bedeutet A 13 in jedem Bundesland etwas anderes; das muss man auch sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Frau Gottstein. – Als nächster Redner ist der fraktionslose Kollege Swoboda an das Rednerpult gerufen. Ich darf Ihnen die erfreuliche Mitteilung machen, dass Sie 50 % mehr Redezeit haben, nämlich drei Minuten.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Verehrtes Präsidium, geschätzte Abgeordnete, sehr geehrte Besucher auf der Galerie! Auweh, im Schulsystem brennt es. Jetzt sollen die Lehrer richten, was die Politik versäumt hat. Lieber Herr Prof. Dr. Piazolo, ich mache mich zum Sprachrohr vieler Grundschullehrer. Sie und ich haben viele Zuschriften und Mitteilungen erhalten. Daraus beziehe ich mein Wissen.

Lieber Herr Piazolo, ich appelliere an Sie: Nehmen Sie die Maßnahme, die verpflichtende Erhöhung des Deputats um eine Stunde zurück! Sie haben gesagt, das ginge schon einmal vorübergehend. Setzen Sie auch die "Segnungen" aus, die es bei den Arbeitszeitfreistellungen in der Grundschule gibt! Schaffen Sie endlich bessere Arbeitsbedingungen für die Grundschullehrer! Zeigen Sie Wertschätzung!

Ich bin immer wieder gefragt worden, wie das geschehen soll. Ich sage es Ihnen: Wir brauchen mehr Lehrer. Wie dies geht, haben wir gerade von einem Redner der GRÜNEN gehört. Wir brauchen eine bessere Bezahlung für die Lehrkräfte. Das haben wir auch schon gehört. Sorgen Sie für ein besseres Schulmanagement! Wenn Sie das nicht tun, zeigen Sie damit, dass es Ihnen nicht nur an der Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse in unseren Grundschulen, sondern auch an der erforderlichen Empathie fehlt.

Nehmen Sie das bitte nicht persönlich, aber Sie sind nun einmal das Gesicht der bayerischen Schulen. Deshalb adressiere ich diese Forderungen alle an Sie. Die Lehrer in der Grundschule sind am Limit. Das wissen Sie auch. Das Deputat von 28 Stunden, die gehalten werden müssen, ist das höchste in den Schulsystemen der Bundesländer. Die Stunden müssen detailliert und differenziert vorbereitet werden.

Durch die große Heterogenität der Schülerschaft, die wir in den Klassen mit 27 und mehr Schülern haben, einschließlich der auffälligen Schüler und der Inklusionsschüler entstehen Belastungen und Stress. Für wen? – Natürlich für die Lehrer. Die Lehrer müssen nicht nur das Stundendeputat erfüllen sowie die Vorbereitung und die Nachbereitung leisten, sondern sie müssen darüber hinaus die Frühaufsicht, die Pausenaufsicht und die Schulbusaufsicht führen. Außerdem müssen Sie übernehmen, was Eltern nicht mehr leisten können oder wollen, zum Beispiel die Vermittlung der in diesem Hause schon viel beschriebenen Alltagskompetenzen. Auch die Sozialkompetenzen gehen bei den Schülern zunehmend verloren.

Zudem müssen die Lehrer in der Erziehungsarbeit mit Lustlosigkeit sowie mit dem Smartphone und der Playstation kämpfen, die viel interessanter als der Unterricht sind. Sie müssen fast täglich Elternarbeit in Telefonaten und Gesprächen zur Intervention bei Disziplinlosigkeiten oder Leistungsschwächen leisten. Hinzu kommt die Durchführung von Elternabenden, und das sind nicht wenige. Weiter kommen Fortbildungsmaßnahmen und Schulkonferenzen hinzu.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Auch drei Minuten gehen schnell vorbei.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Ich komme zum Schluss. – Die Punkte, die ich genannt habe, gehen über diese 28 Stunden hinaus. Lieber Herr Prof. Dr. Piazolo, lösen Sie diese Probleme bitte nicht auf dem Rücken der Menschen! Zeigen Sie Empathie, damit die Lehrer das Gefühl haben, dass dieser Appell bei Ihnen angekommen ist.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Swoboda. – Damit darf ich den zuständigen Staatsminister, Herrn Prof. Dr. Piazolo, aufrufen. Sie haben das Wort.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Worum geht es? Welche Aufgaben haben wir vor uns? – Die Aufgabe, die wir jedes Jahr vor uns haben, nämlich die Unterrichtsversorgung in Bayern sicherzustellen. Das haben wir im letzten Jahr und im

Jahr davor geschafft. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, das werden wir auch im nächsten Jahr schaffen. Dabei gilt auch bei uns das Motto: Es geht um die Schüler. Die Schülerinnen und Schüler stehen im Mittelpunkt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich habe in dieser Debatte kaum das Wort "Schüler" gehört. Die Schülerinnen und Schüler stehen im Vordergrund!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Jetzt geht es darum, dem Lehrerbedarf zu entsprechen. Ich habe bei der Eingangs-Pressekonferenz für dieses Schuljahr gesagt: Vor jeder Klasse steht ein Lehrer. Die Unterrichtsversorgung ist sichergestellt. Das ist sie bis heute auch. Wenn wir aber jetzt nichts tun, werden uns 1.400 Lehrer fehlen. Das haben einige immer noch nicht verstanden. Ich habe die vorliegenden Anträge sehr genau durchgesehen: Sollten wir den Anträgen der SPD, der GRÜNEN oder der FDP folgen, werden uns Lehrer fehlen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können froh sein, dass Sie nicht in der Verantwortung stehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Bei der Beratung der Dringlichkeitsanträge werde ich Ihnen genau nennen, wie viele Lehrkräfte uns fehlen. Die FDP hat Vorschläge gemacht, mit denen uns noch mehr Lehrkräfte fehlen würden. Wir wollen Lehrer schaffen, und Sie sagen: Stellt Lehrer ein. Sie haben die Aufgabe überhaupt nicht verstanden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Was ist die Lösung? Was tun wir? – Wir müssen jetzt handeln und gestalten, nicht erst, wenn es zu spät ist, wie das bei anderen Landesregierungen der Fall ist. Zu spät ist es dann, wenn das Schuljahr begonnen hat. Wir handeln bewusst neun Monate vorher in dem Bewusstsein, dass ein Kommunalwahlkampf stattfindet. Was die Regie-

rung aus CSU und FREIEN WÄHLERN tut, ist mutig. Wir sagen vor einem Wahlkampf, was wir tun, auch wenn die Maßnahmen für den einen oder anderen eine Zumutung sind. Dass wir die notwendigen Maßnahmen nicht verschieben, zeigt, wie ernst es uns ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir brauchen einen Dreiklang: Zunächst setzen wir auf Freiwilligkeit. Wir haben sehr viele engagierte Lehrerinnen und Lehrer. Wir wollen Ruheständler überzeugen, mehr zu tun. Wir wollen die Grenzen für deren Zuverdienst erhöhen, damit dies möglich ist. Wir werben um Rückkehrer. Wir wollen auch die Zweitqualifikation stärken. Lehrkräfte, die beurlaubt sind, fragen wir, ob sie nicht mehr tun wollen. Wir fragen auch Lehrkräfte, die in Teilzeit sind, insbesondere die, die in familienpolitischer Teilzeit sind, ob sie nicht etwas mehr machen wollen. Die Schulleiterinnen und Schulleiter sind hier sehr aktiv.

Wir tun das bereits seit Jahren. Nach unserer Erfahrung bringen diese Nachfragen etwa 200 Stellen, nicht mehr. Wir müssen also schauen, wie wir auf 1.400 Stellen kommen. Deshalb haben wir vorübergehend dienstrechtliche Maßnahmen ergriffen. Wir können gerne ins Detail gehen. Mit dem Arbeitszeitkonto arbeiten die Lehrkräfte vorübergehend mehr arbeiten und bekommen die Stunden dann 1 : 1 wieder zurück. Das ist bereits beim Gymnasium, bei der Realschule und bei der Grundschule geschehen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): 1997!)

– 1997, die Kollegin war mit dabei, sie hat es erlebt, und sie hat die Stunden zurückbekommen. Frau Kollegin Gottstein hat das auch schon erlebt. Sie hat die Stunden, weil sie in den Landtag gewählt wurde, ausbezahlt bekommen. Das ist nichts Neues. Für die Betroffenen ist also in den ersten Jahren mehr zu tun. Wir werden diese Kollegen aber so entlasten, dass es nicht zu einer Mehrarbeit kommt.

Beim Antragsruhestand und bei der Antragsteilzeit – das möchte ich deutlich machen –, verschlechtern wir mit diesen Maßnahmen die Situation ein wenig. Das ist aber auch so angelegt. Dabei handelt es sich um einen Antrag. Dieser kann genehmigt werden, wenn keine dienstlichen Belange dagegen sprechen.

Ich möchte Ihnen aufzählen, was alles nicht angetastet wird und auch nicht angetastet werden soll: Teilzeit in Elternzeit und familienpolitische Teilzeit, bis das jüngste Kind 18 Jahre alt ist. Die Altersteilzeit ab 60 Jahren ist weiter möglich. Weiterhin möglich sind auch der vorzeitige Ruhestand und Altersermäßigungen auf die wöchentliche Unterrichtsverpflichtung, das Freistellungsjahr nach dem Blockmodell der Altersteilzeit, Stundenreduzierungen bei begrenzter Dienstfähigkeit, Ermäßigungsstunden für Schwerbehinderte, der vorzeitige Ruhestand mit 60 Jahren für Schwerbehinderte sowie der vorzeitige Ruhestand mit 64 Jahren für die Gleichgestellten.

Ich nenne Ihnen einmal die Zahlen, damit Sie die Dimensionen sehen: In den Mittel- und Förderschulen werden die Maßnahmen 5 % der Lehrkräfte betreffen. Das bedeutet: 95 % der Lehrkräfte in den Mittel- und Förderschulen sind von diesen Maßnahmen nicht betroffen. In den Gymnasien, Realschulen und Wirtschaftsschulen ist keine einzige Lehrkraft von diesen Maßnahmen betroffen.Bei der Grundschule sind dadurch, dass wir das Arbeitszeitkonto einrichten, im ersten Jahr zirka 15 % insgesamt betroffen; also sind 85 % nicht betroffen.

Ich möchte auch noch einmal deutlich machen, welche Entlastungen wir durchgeführt haben; Beförderungen und Stellenhebungen sind bereits genannt worden. Es gibt 3.000 Stellenhebungen. Das sind im Bereich der Grund- und Mittelschule die meisten Stellenhebungen seit Einführung des Neuen Dienstrechts. Das bedeutet bei den Mittelschulen übrigens, grob gerechnet, mehr Beförderungen als von unseren Maßnahmen Betroffene. Das sind ungefähr gleich viele.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind Aufschläge, das sind Entlastungen! Ich will auch einmal hervorheben, dass es in diesem Doppelhaushalt 2.200 neue Lehrerstellen gibt. Hier kann man eine ganz einfache Rechnung aufmachen: Wenn wir diese Lehrerstellen nicht geschaffen hätten, würden wir jetzt nicht über Personalbedarf reden. Das ist ganz einfach. So einfach ist es: Andere Bundesländer schaffen keine neuen Stellen. Zu den Zahlen der anderen Bundesländer komme ich noch.

Wir schaffen Stellen. Man kann in diesem Zusammenhang vom Fluch der guten Tat reden. Die Schaffung neuer Stellen ist aber sinnvoll, weil sie natürlich Bereiche betrifft, in denen die Stellen notwendig sind. Rein zahlenmäßig wäre es aber leicht, andere Lösungen zu finden.

Noch eine Bemerkung: Natürlich mag dem einen oder anderen der Personalbedarf für 1.400 Stellen als hoch erscheinen. Wenn man aber die Zahl sämtlicher Lehrer zum Vergleich heranzieht, sind das weniger als 1 %. Nehmen Sie mal ein Wirtschaftsunternehmen wie BMW. Wenn BMW sagt, bei uns steigt die Produktion, wir brauchen im nächsten Jahr 1 % mehr Arbeiter, und jetzt schauen wir auf den Markt, ob wir sie bekommen; glauben Sie, dass es dann heißt, jetzt müssen unsere Mitarbeiter etwas mehr arbeiten? – Das ist normal. Es ist normal, das entsprechend zu planen.

(Horst Arnold (SPD): Das ist aber mitbestimmungspflichtig!)

– Ja, das ist mitbestimmungspflichtig, lieber Herr Arnold, und die Gewerkschaften machen dabei mit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Horst Arnold (SPD): Bei Ihnen auch? Der Lehrerverband macht mit? Das möchte ich mal von Ihnen hören!)

Um das noch einmal deutlich zu machen: Die Alternative wäre, wie vorher schon die Kollegin Gottstein gesagt hat, nichts zu tun. Das machen viele Länder. Sie gehen ein-

fach mit der Mobilen Reserve runter, dann haben sie ihre Stellen. Das kommt für uns nicht in Frage, weil für uns Qualität das Entscheidende ist.

Als Alternative ist auch schon der Klassenteiler genannt worden. Auch dann, wenn man diesen ändert, hat man kein Defizit. Auch das machen viele Länder. Ich nenne noch einmal die Zahl, die unbekannt ist, weil niemand darüber spricht. Der Präsident des Lehrerverbandes sagte neulich, dass in Deutschland 30.000 Lehrer fehlen. Wir haben jetzt einen Bedarf an 1.400 Lehrern. Das ist nicht schön, und es ist richtig, dass wir etwas tun müssen. Aber auch hierfür ein Beispiel, das übrigens die SPD gerechnet hat: In Nordrhein-Westfalen sind 7.000 Lehrerstellen unbesetzt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN: Hört, hört!)

Ich nenne noch die anderen Möglichkeiten. Es wäre möglich, mit Quereinsteigern zu arbeiten. Wir gehen diesen Weg aber bewusst nicht bzw. nur in ganz geringem Maße.

Jetzt zu den Anträgen: Wenn wir dem SPD-Antrag, was die kurzfristigen Maßnahmen anbetrifft, nach Aussetzung der externen Evaluation folgen würden – ich erläutere nur den einzigen Vorschlag, den ich darin gesehen habe – brächte das zehn Stellen. Damit sinkt der Bedarf von 1.380 auf 1.370.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Geradezu visionär!)

Wenn wir Ihrem Antrag folgten, würden uns im nächsten Jahr 1.370 Lehrer fehlen.

Die Vorschläge der GRÜNEN sind konkreter. Hier sind nur die Zahlen viel zu hoch gegriffen. Lieber Herr Gehring, natürlich setzen wir bei den Zweitqualifikanten an. Das Programm läuft doch schon. Das ist nur weniger geworden, wobei ich über die Gründe jetzt gar nicht reden will. Wenn wir Ihrem Antrag folgten, brächte das nach unserer Schätzung ungefähr 300 Lehrer. Dann fehlten uns immer noch 1.100. Aber immerhin gäbe es dann nur noch ein Defizit von 1.100 Lehrern.

Ich will Ihnen aber auch ganz deutlich sagen, was wir nicht machen wollen. Herr Kretschmann hat gesagt, die Rechtschreibung sei nicht mehr so wichtig. Das sagt ein grüner Ministerpräsident. Bei der Rechtschreibung könne man Stunden einsparen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Hört, hört!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das werden wir bestimmt nicht machen.

Der FDP-Antrag schlägt ein anderes System mit Leistungsprämie bei den Lehrerinnen und Lehrern vor. Man kann immer über alles diskutieren. Das brächte jetzt aber viel Unruhe rein. Es brächte auch kurzfristig nichts. Sie sagen, Sie wollten mehr Lehrer einstellen. Das hieße wahrscheinlich – hier müsste man ins Detail gehen –, dass kurzfristig noch mehr Lehrer fehlen würden.

Ich mache noch einmal deutlich, dass es entscheidend ist, über Qualität zu reden. Jeder, der sich mit Bildungspolitik beschäftigt, kennt die Hattie-Studie. Es kommt also auf die Lehrerin bzw. auf den Lehrer an.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Deshalb schätze ich die Lehrer so hoch. Deshalb gehen wir diesen Weg.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Wir finden das richtig!)

Das ist im ersten Moment vielleicht nicht zu verstehen. Wenn wir aber auf die Lehrer setzen – und das tun wir –, dann setzen wir auf Qualität. Wenn wir, wie viele andere Länder, auf Quereinsteiger setzten, dann machten wir das Gegenteil. Wir setzen auf Qualität.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Diese Regierung hat schon im letzten Jahr bewiesen, dass sie nicht nur handlungsfähig ist, sondern tatsächlich handelt. Wir haben gehandelt, und dieses Handeln ist mit

Zahlen belegt. Zwei bekannte und geschätzte Wissenschaftler aus Nordrhein-Westfalen – nicht aus Bayern! –, Herr Klemm und Herr Zorn von der Bertelsmann Stiftung, haben gesagt, dass Bayern es exemplarisch gut mache. Übrigens wird auch gesagt, dass sich die anderen Länder von Bayern eine Scheibe abschneiden könnten. Das Urteil aus Nordrhein-Westfalen lautet also: Bayern macht es exemplarisch gut.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben frühzeitig darüber informiert – neun Monate vorher –, was wir vorhaben. Das war ein mutiger Schritt, den wir bewusst vor den Kommunalwahlen gemacht haben. Man hätte diesen Schritt auch hinausschieben können. Dann hätten die Lehrer ihre Anträge gestellt, die vielleicht genehmigt und danach wieder zurückgezogen worden wären. Das wäre unredlich gewesen. Deshalb spielen wir bei den Kommunalwahlen mit offenen Karten. Wir sagen den Menschen, was wir tun und was zu erwarten ist. Sie werfen hier Nebelkerzen und geben vor, man könne etwas mit nicht wirkungsvollen Dringlichkeitsanträgen erreichen.

Wir haben diesen Schritt also mutig, frühzeitig und ohne Rücksicht auf eigene Interessen getan. Das ist – ich sage es noch einmal ganz deutlich – auch zum Ausdruck gebrachte Wertschätzung; denn wir wissen sehr wohl, was wir an unseren Lehrkräften haben. Ich sage Ihnen, dass ich das, schon aus Oppositionszeiten und erst recht jetzt als Kultusminister, ganz besonders gut weiß. Ich erlebe jeden Tag Schule, erlebe jeden Tag Lehrkräfte, erlebe deren Engagement, deren Fachwissen, deren Empathie. Ich weiß, dass die Lehrkräfte bereit sind, etwas zu tun.

Wir werden die Lehrkräfte also nicht einfach belasten, sondern wir werden sie auch entlasten. Wir werden in den nächsten Wochen darüber nachdenken, wo wir noch zusätzliche Entlastungen erreichen können. Das ist ganz entscheidend.

Trotzdem kommen immer Unkenrufe: Ich bin mir sicher, dass sich die Lehrer dieser Aufgaben auch bewusst sind. Ich habe von den Lehrern nicht gehört, sie wollten jetzt nachlassen und nur noch mit halber Kraft arbeiten. Es gibt sicherlich Kritik, die ich

auch verstehen kann. Ich kann verstehen, dass der eine oder andere Kritik äußert, wenn wir ihm etwas zumuten. Es ist aber nicht so, dass die Lehrer hier alles schleifen lassen. Die Lehrer sind weiter engagiert und werden auch in Zukunft engagiert bleiben. Deshalb habe ich höchsten Respekt vor unseren Lehrkräften: Vielen Dank für das, was Sie leisten! – Unsere Maßnahmen sind richtig und gut, und wir haben sie zum richtigen Zeitpunkt eingeleitet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Es gibt vier Zwischenbemerkungen. Frau Abgeordnete Strohmayr beginnt. Bitte schön.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Herr Minister Piazolo, der Philologenverband hat bereits angekündigt, dass zusätzlich zu den fehlenden Lehrern in Grund-, Mittel- und Förderschulen bald noch weitere an den Gymnasien fehlen dürften. Das liegt am Umstieg von G 8 auf G 9. Das hat natürlich zur Folge, dass viele Lehrkräfte, die vom Gymnasium an die Grund- und Mittelschulen gegangen sind, dann wieder an die Gymnasien zurückkehren werden.Ich stelle also fest: Der Lehrermangel in Bayern ist mitnichten ein kurzfristiges Problem, das übermorgen beseitigt sein wird, sondern ein langfristiges. Das wissen die Lehrkräfte auch. Deswegen schreiben sie Brandbriefe.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Der gleiche Text wie immer!)

Deswegen haben sie Angst, dass sie über lange Zeit mehr arbeiten müssen. Das ist der Grund dafür, dass wir als Sozialdemokraten sagen: Es hilft einfach nicht, nur die Löcher zu stopfen, sondern wir brauchen langfristige und nachhaltige Maßnahmen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Ich verstehe einfach nicht, warum wir nicht endlich an die Lehrerausbildung rangehen. Das verstehe ich nicht. Erklären Sie mir das bitte.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Der Philologenverband hat nur darauf aufmerksam gemacht, dass wir ab dem Jahr 2025 zusätzliche Stellen brauchen, weil wir dann das neunjährige Gymnasium einschleifen. Das wissen wir sehr wohl. Wir machen Planungen – ich habe es gesagt –, Lehrerbedarfsprognosen über zehn Jahre hinweg. Das wissen wir, und wir bereiten uns jetzt schon auf diese Situation vor. Wir haben aber deutlich gemacht, dass wir beim neunjährigen Gymnasium 1.450 Stellen drauflegen. Das muss man erstmal machen! Das heißt, wir bringen da die Qualität ins Gymnasium.

Selbstverständlich will ich und wollen wir mittelfristig und langfristig planen. Nur ist unser heutiges Thema der Lehrerbedarf für das nächste Schuljahr. Da nutzt es im Moment nichts, wenn wir uns nur über eine flexiblere Lehrerbildung oder sonstige Änderungen Gedanken machen. Bis die Leute dann an Schulen sind, dauert es sechs Jahre. So lange können wir nicht warten. Deshalb treffen wir kurzfristige, mittelfristige und langfristige Maßnahmen. Da sind wir überall aufgestellt. Wir machen uns die ganze Zeit Gedanken. Während ich hier rede, denken die Leute im Ministerium genau über diese Dinge nach.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Die zweite Intervention kommt vom Kollegen Swoboda. Eine Minute.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Prof. Dr. Piazolo, den Grundschullehrerinnen und -lehrern, die ich kenne, liegen die Kinder am Herzen. Ich hätte gern, dass Ihnen die Lehrer auch so am Herzen liegen. Aber bei allem, was Sie bisher gesagt haben und bei Ihrer Politik habe ich noch nicht den Eindruck, dass Sie von den Lehrern im Herzen erreicht wurden. Es muss doch einen Grund haben, warum 10 % –

nur 10 % – unserer Lehrerschaft mit dem Erreichen der Regelalterszeit pensioniert werden. 90 % fallen unterwegs raus. Was die Lehrer in ihrer momentanen Situation erdulden müssen, ist purer Stress. Das hat psychosomatische Folgen für diese Menschen. Diese Menschen möchten nicht aussteigen, aber sie müssen aussteigen. Sie werden krank. Dann nützt Ihnen die eine Stunde Mehrdeputat auch nichts. Deshalb, Dr. Piazolo, wäre es weise, kurzfristig Abhilfe zu schaffen und auszusetzen, was man begonnen hat, wenn man es im Nachhinein nicht mehr als richtig empfindet. Meine Bitte wäre: Gehen Sie nicht einfach so drüber hinweg. Geben Sie diesen Menschen in Not in der Schule ein Signal.

(Alexander König (CSU): Der Beitrag war ein Nullum!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Herr Staatsminister Piazolo.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Ich will es kurz machen. Ich will gar nicht auf die Zahlen, die nicht gestimmt haben, eingehen. Ich will es verdeutlichen: Wenn wir die Maßnahmen nicht aufsetzen, dann fehlen 1.400 Lehrkräfte. Das heißt, vor beinahe 1.000 Klassen steht kein Lehrer. Glauben Sie, das tut den Lehrern gut? Wer soll das denn auffangen? Dann müssen es auch die Lehrerinnen und Lehrer auffangen, Herr Swoboda. Deshalb müssen wir jetzt Maßnahmen ergreifen. Wenn Sie jetzt nichts tun, fehlen Ihnen diese Stunden. Das heißt, die Qualität sinkt, und die Lehrkräfte müssen das auffangen, ohne dass sie dafür etwas bekommen. Die Mehrarbeit wird schließlich bezahlt. Bei Ihrem Modell fehlen Lehrkräfte, die vorhandenen Kräfte müssen trotzdem arbeiten und bekommen nichts bezahlt. Ihre Vorstellungen sind wesentlich weniger wertschätzend!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich. – Die dritte Zwischenbemerkung kommt vom Herrn Kollegen Fischbach. Auch Sie haben eine Minute.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich frage mich, wie Sie darauf kommen, dass wir jetzt als Mittel gegen den Lehrermangel kurzfristig zusätzliche Stellen fordern, die wir eh nicht besetzen können. Das steht nämlich nicht im Antrag. Im Antrag steht zum Beispiel: Wir wollen die Einstellung von mehr Sekretariatskräften prüfen lassen; wir wollen darüber reden, wie wir die Hochschulen ausreichend bestücken können, damit wir die zusätzlichen Studienplätze, die wir brauchen, ausreichend versorgen können. Wir müssen uns auf den Bedarf, den Sie gerade erwähnt haben, durch das G 9 ab dem Jahr 2025 ausreichend vorbereiten. Dann müssen wir langfristig zu einer ausreichenden Lehrerversorgung kommen, die nicht auf Kante genäht ist. Mich würde interessieren, wo Sie das jetzt herhaben. Zum anderen würde mich interessieren, welche konkreten Maßnahmen Sie zur Vorbereitung auf 2025 und den Lehrermangel, den wir dann vielleicht an den Gymnasien bekommen werden, ergreifen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön. – Bitte, Herr Minister.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Das Letztere können wir mal ausführlich machen. Selbstverständlich werden wir das G 9 jetzt entsprechend einschleifen und vorbereiten. Nur können wir jetzt – das müssen Sie sehen – nicht am Gymnasium im Grunde genommen Lehrer parken, die wir an anderen Schulen brauchen. Was ist das für ein Zeichen an Grund- und Mittelschullehrer? – Deshalb gibt es da entsprechende Maßnahmen. Da müssen wir ins Detail gehen. Ich habe nicht gesagt, dass jede Idee, die in den Dringlichkeitsanträgen steht, aus sich heraus schlecht ist. Nur nützen die meisten Dinge, die da drinstehen, für das nächste Schuljahr gar nichts. Das war aber das Thema heute.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das ist im Grund genommen wie der Witz mit dem Elefanten. Wenn Sie die Aufgabe haben, einen Elefanten zu beschreiben, und Sie schreiben über einen Regenwurm, dann ist die Aufgabe falsch gelöst. Genauso war es heute bei den Themen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Die letzte Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Bayerbach. Bitte auch hier eine Minute.

Markus Bayerbach (AfD): Vielen Dank, Herr Minister. Erstmal vielen Dank, dass Sie es neun Monate vorher gesagt haben. Nur ist es wie bei der Schwangerschaft: Wenn Sie es vom ersten Tag an wissen, wird die Geburt deswegen auch nicht einfacher.

Eine Bitte habe ich an Sie: Wir werden in nächster Zeit einige Vorschläge bringen, die im Detail Lehrer vor allem von den Sachen entlasten, die nichts mit Unterrichtsversorgung, sondern mit außerschulischen Verwaltungstätigkeiten und Dokumentationspflichten zu tun haben. Können Sie wenigstens das Signal an die Lehrer senden, dass Sie versuchen werden, sie von solchen Aufgaben zu befreien, soweit es möglich ist? Das wäre mal ein Signal. Diese Arbeit mögen die Lehrer am wenigsten. Sie stehen gern vor Schülern. Aber Dokumente und Formulare oder Statistiken auszufüllen ist nicht ihr Ding.

(Beifall bei der AfD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das gehört auch dazu!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Herr Bayerbach, ich persönlich habe relativ wenig Schwangerschaftserfahrung.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Aber trotzdem glaube ich, dass es so ist: Wenn Sie neun Monate vor der Geburt wissen, dass Sie schwanger sind, ist es immer noch besser, als es erst zwei Monate vorher oder gar nicht zu erfahren, weil Sie sich dann darauf einstellen können.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich will jetzt ernsthaft antworten, weil das alle Fragen verdienen, und deutlich sagen: Ich habe in der Kürze der Zeit natürlich zugespitzt. Jeder Dringlichkeitsantrag ist verdienstvoll. Ich nehme auch Dinge auf. Es ist nicht so, dass wir uns nicht gemeinsam Gedanken machen. Nur lösen die Dringlichkeitsanträge, die jetzt kamen, die Situation, vor der wir hier stehen, nicht. Aber wir sind im Bildungsausschuss dafür da, über Lösungen nachzudenken. Seien Sie gewiss, dass wir und ich persönlich uns sehr viel und täglich Gedanken zur Entlastung gemacht haben und weiter machen werden. Ich habe es vorher schon gesagt: Auf die Lehrer kommt es an. Sie sind unser Gut in den Schulen. Deshalb wollen wir mit den Lehrern natürlich sorgsam umgehen. Seien Sie auch gewiss, dass die Maßnahmen uns in der Koalition und mir persönlich

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Staatsminister, Ihre Redezeit!

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): nicht leichtfallen, aber sie sind notwendig. Man muss in Regierungsverantwortung halt auch mal Dinge tun, die nicht leicht sind, die schwierig sind, aber notwendig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen herzlichen Dank. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach dieser lebhaften Schulstunde im Parlament kommen wir zur Abstimmung.

(Alexander König (CSU): Gott sei Dank!)

Die SPD hat für ihren Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/5847 namentliche Abstimmung beantragt. Wer mit Ja stimmen will, den bitte ich, die blaue Stimmkarte zu nehmen, bei Nein die rote, und bei einer Stimmenthaltung die weiße Stimmkarte. Ich bitte, die Urnen aufzustellen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Tobias Reiß (CSU): Erst die offenen Abstimmungen, die namentliche am Schluss! – Weitere Zurufe von der CSU)

– Die anderen davor? – Okay. Wir nehmen die anderen vorweg. Dann machen wir zunächst den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/5850. Wer dem seine Zustimmung – –

(Unruhe)

Halt, wir machen zuerst die mündliche Abstimmung. Dann können sie rausgehen. Ich bitte, noch mal kurz Platz zu nehmen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 18/5850, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion der FDP. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP, Drucksache 18/5868, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD und der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Stimmenthaltungen? – Der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es erfolgt die namentliche Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/5847. Wer mit Ja stimmen möchte, soll bitte die blaue Karte verwenden, wer mit Nein stimmen möchte, bitte die rote Karte nutzen. Für die Stimmenthaltung dient die weiße Karte. Die Abstimmung ist hiermit eröffnet und dauert fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 16:01 bis 16:06 Uhr)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Wir fahren mit der Beratung der Dringlichkeitsanträge fort.

(...)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Vor dem nächsten Redner gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Es geht um den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Grundschullehrkräfte wertschätzen – Ungerechte Maßnahmen zurücknehmen – Zukunftsplanung vorlegen", Drucksache 18/5847. Mit Ja haben 48 gestimmt, mit Nein 112. Stimmenthaltungen: 11. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 29.01.2020 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Arif Tasdelen u. a. und Fraktion SPD; Grundschullehrkräfte wertschätzen - Ungerechte Maßnahmen zurücknehmen - Zukunftsplanung vorlegen (Drucksache 18/5847)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus		X	
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Büchler** Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin			
Dr. **Cyron** Anne		X	
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert			X
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann			
Enghuber Matthias			
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias			X
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara			
Füracker Albert			
Ganserer Markus (Tessa)			
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin			
Prof. Dr. **Hahn** Ingo		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian			
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang			X
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael			
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			X
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne			
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			X
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus			X
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin	X		
Sandt Julika			X
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef			
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph			X
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spitzer** Dominik			X
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna			
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			X
Zellmeier Josef			
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	48	112	11